VERORDNUNG
über das Wasserschutzgebiet in der Gemarkung Lauben (Landkreis Unterallgäu) für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Egg a.d. Günz (Quellen 1 und 2)
Vom 21. Oktober 1996

Das Landratsamt Unterallgäu erläßt aufgrund des § 19 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 23. September 1986 (BGBl. S. 1529, ber. S. 1654) i.V.m. Art. 35 und 75 des Bayer. Wassergesetzes (BayWG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 19. Juli 1994 (BayRS 753-1-U) folgende Verordnung:

§ 1 Allgemeines

Zur Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung für die Gemeinde Egg a.d. Günz (Quellen 1 und 2) wird das in § 2 näher umschriebene Schutzgebiet festgesetzt. Für dieses Gebiet werden die Anordnungen nach den §§ 3 bis 7 erlassen.

§ 2 Schutzgebiet

(1) Das Schutzgebiet besteht aus
zwei Fassungsberichen,
einer engeren Schutzzone,
einer weiteren Schutzzone.

(2) Die Grenzen des Schutzgebietes und der einzelnen Schutzzonen sind in dem im Anhang (Anlage 1) veröffentlichten Lageplan eingetragen, der Bestandteil dieser Verordnung ist. Für die genaue Grenzziehung ist ein Lageplan im Maßstab 1 : 5 000 maßgebend, der im Landratsamt Unterallgäu und in der Verwaltung der Gemeinde Lauben niedergelegt ist; er kann dort während der Dienststunden eingesehen werden.

(3) Veränderungen der Grenzen oder der Bezeichnungen der im Schutzgebiet gelegenen Grundstücke berühren die festgesetzten Grenzen der Schutzzonen nicht.

(4) Der Fassungsbereich ist durch eine Umzäunung, die engere Schutzone ist, soweit erforderlich, in der Natur in geeigneter Weise kennlich gemacht.
### § 3 Verbotene oder nur beschränkt zulässige Handlungen

(1) Es sind

<table>
<thead>
<tr>
<th>entspricht Zone</th>
<th>im Fassungsbereich</th>
<th>in der engeren Schutzzone</th>
<th>in der weiteren Schutzzone</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1.1 Düngen mit Gülle Jauche, Festmist</td>
<td>verboten</td>
<td>verboten</td>
<td>verboten wenihr 1.2</td>
</tr>
<tr>
<td>1.2 Düngen mit sonstigen organischen und mineralischen Stickstoffdüngern</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>verboten</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1.3 Lagern und Anbringen von Klärschlamm, Fäkalien, organischen Abfällen und Kompost aus zentralen Biobedienanlagen</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1.4 befestigte Düngestätten zu errichten oder zu erweitem *)</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1.5 Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Stickstoffsäure zu errichten und zu erweitem *)</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1.6 Lagern von Wirtschaftsdünger oder Mineraldünger auf unbefestigten Flächen</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1.7 artfeste Anlagen zur Gärfutterbereitung zu errichten oder zu erweitem *)</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1.8 Gärfutterbereitung außerhalb ortsfester Anlagen</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Zu Ausnahmen im Einzelfall vgl. § 4 und Anlage 2 Ziff. 1.4.

<table>
<thead>
<tr>
<th><strong>entspricht Zone</strong></th>
<th><strong>im Fassungsbereich</strong></th>
<th><strong>in der engeren Schutzzone</strong></th>
<th><strong>in der weiteren Schutzzone</strong></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1.9 Ställungen zu errichten, zu erweiten oder zu betreiben</td>
<td><strong>verboten</strong></td>
<td><strong>verboten, ausgenommen entsprechend Anlage 2 Ziff. 1</strong></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1.10 Freilandtierhaltung im Sinne von Anlage 2 Ziffer 2</td>
<td><strong>verboten</strong></td>
<td><strong>verboten, sofern nicht die Ernährung der Tiere im wesentlichen aus den genutzten Weideflächen erfolgt - verboten, wenn die Granarbe flächenmäßig verletzt wird</strong></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1.11 Beweidung</td>
<td><strong>verboten</strong></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1.12 Anwendung von Pflanzenschutzmitteln</td>
<td><strong>verboten</strong></td>
<td><strong>verboten, sofern nicht den Vorschriften des Pflanzenschutzrechts auch die Gebrauchsanleitungen beachtet werden</strong></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1.13 Anwendung von Pflanzenschutzmitteln aus Luftfahrzeugen oder zur Bodenentseuchung</td>
<td><strong>verboten</strong></td>
<td><strong>verboten</strong></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1.14 Beregnung landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzter Flächen</td>
<td><strong>verboten</strong></td>
<td><strong>verboten, sobald die Bodenfeuchtigkeit 70 % der natürlichen Feldkapazität überschreitet</strong></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1.15 Naßkonservierung von Rundholz</td>
<td><strong>verboten</strong></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1.16 Gartenbaubetriebe oder Kleingartenanlagen zu errichten oder zu erweitern</td>
<td><strong>verboten</strong></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1.17 besondere Nutzungen im Sinne von Anlage 2 Ziffer 3 neu anzulegen oder zu erweitern</td>
<td><strong>verboten</strong></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1.18 landwirtschaftliche Dräne und zugehörige Vorflutgräben anzulegen oder zu ändern</td>
<td><strong>verboten</strong></td>
<td><strong>verboten, ausgenommen Unterhaltungsmaßnahmen</strong></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1.19 Kahlschlag oder in der Wirkung gleichkommende Maßnahme, Rockung, Umbau von Dauerauenflächen im Sinne von Anlage 2 Ziff. 4</td>
<td><strong>verboten</strong></td>
<td><strong>verboten, ausgenommen Flächen mit weniger als 3.000 m², die umgeben zu standortgerecht gemischten Wäldern wiederauf geforstet werden</strong></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1.20 Winterfichte</td>
<td><strong>verboten</strong></td>
<td><strong>verboten, ausgenommen, wenn fruchtfolgbedingt oder bedingt möglich</strong></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>1.21 Ganzjährige Bodenbedeckung durch Zwischen- oder Haupfstreu</td>
<td>---</td>
<td><strong>erforderlich, soweit fruchtfolgbedingt und witterungsbedingt möglich</strong></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>entspricht Zone</th>
<th>im Fassungsbereich</th>
<th>in der engeren Schutzzone</th>
<th>in der weiteren Schutzzone</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>2. bei sonstigen Bodennutzungen (soweit nicht unter den Nrn. 3 bis 6 geregelt)</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>2.1 Aufschüttle oder Veränderungen der Erdoberfläche, selbst wenn Grundwasser nicht aufgedeckt wird, insbesondere Rücksiche, Kies-, Sand- und Tongruben, Steinbrüche, Übertagebergbaue und Torfschichten</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
<td>verboten, ausgenommen Bodenbearbeitung im Rahmen der ordnungsgemäßen land- und forstwirtschaftlichen Nutzung</td>
</tr>
<tr>
<td>2.2 Wiederverfüllung von Erdauslässen</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>3. bei Umgang mit wassergefährdenden Stoffen</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>3.1 Rohrleitungsanlagen zum Befördern wassergefährdender Stoffe nach § 19a WHG zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>3.2 Anlagen nach § 19a WHG zum Herstellen, Behandeln oder Verwenden von wassergefährdenden Stoffen zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>3.3 Anlagen nach § 19a WHG zum Lagern, Abfüllen oder Umschlagen von wassergefährdenden Stoffen zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
<td>verboten, ausgenommen Anlagen im üblichen Rahmen von Haushalt und Landwirtschaft bis 20 l für Stoffe der Wassergefährdungsklasse 3 - bis 10.000 l für Stoffe bis Wassergefährdungsklasse 2</td>
</tr>
<tr>
<td>3.4 Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nach § 19a Abs. 5 WHG, auch Pflanzenschutzmitteln, außerhalb von Anlagen nach Nrn. 3.2 und 3.3 (ohne Nr. 1.12)</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
<td>verboten, ausgenommen kurzfristige Lagerung von Stoffen bis Wassergefährdungsklasse 2 in zugekapselten Transportbehältern bis zu je 50 Litern, deren Dichtheit kontrollierbar ist</td>
</tr>
<tr>
<td>3.5 Abfall i.S.d. Abfallgesetzes und bergbauliche Rückstände zu behandeln, zu lagern oder abzutragen</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
<td>verboten, ausgenommen Bereitstellung in geeigneten Behältern oder Verpackungen zur regelmäßigen Abholung (auch Wertstoffhöfe)</td>
</tr>
<tr>
<td>3.6 Betrieb von keimtechnischen Anlagen im Sinne des Atomgesetzes</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>3.7 Genehmigungspflichtiger Umgang mit radioaktiven Stoffen im Sinne des Atomgesetzes und der Strahlenschutzverordnung</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Entspricht Zone</td>
<td>Im Fassungsbereich</td>
<td>In der engeren Schutzzone</td>
<td>In der weiteren Schutzzone</td>
</tr>
<tr>
<td>----------------</td>
<td>------------------</td>
<td>---------------------</td>
<td>---------------------</td>
</tr>
<tr>
<td>4.1 Abwasserbehandlungsanlagen zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>4.2 Regen- und Mischwasserentlastungsbauwerke zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>4.3 Trockenaborte zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>verboten</td>
<td>verboten, ausgenommen vorübergehend und mit dichten Behältern</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>4.4 Austragung von Abwasser</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>4.5 Anlagen zur Verdickung von Abwasser (einschl. Kühlwasser und Wasser aus Wärmepumpen) zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>4.6 Anlagen zur Verdickung oder Versenkung des von Dachflächen abfließenden Wassers zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>verboten</td>
<td>- verboten, ausgenommen zur Verdickung über die belebte Bodenzone - verboten für gewerbliche Anlagen und für Metalldächer</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>4.7 Anlagen zum Durchleiten oder Ableiten von Abwasser zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>verboten</td>
<td>verboten, ausgenommen Entwässerungsanlagen, deren Dichtheit vor Inbetriebnahme durch Druckprobe nachgewiesen und wiederkehrend alle 5 Jahre durch geeignete Verfahren überprüft wird</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>5. Straßen, Wege und sonstige Verkehrsflächen zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>verboten</td>
<td>verboten, sofern nicht die Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wassergebnungsgenieten (RSWag), eingeführt mit IMBek v. 28.05.1982 (MAUL S. 329) in der jeweils geltenden Fassung beachtet werden; ansonsten verboten wie in Zone II</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>5.1 Eisenbahnanslagen zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>5.2 Eisenbahnanslagen zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>5.3 Zum Straßen-, Wege-, Eisenbahn- und Wasserbau wassergefährdende auswasch- oder auslaugbare Materialien (z.B. Schlacke, Leer, Imprägniernmittel u.ä.) zu verwenden</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>5.4 Bade- und Zeltplätze, einrichten oder zu erweitern; Camping aller Art</td>
<td>verboten</td>
<td></td>
<td>verboten ohne Abwasserentsorgung über eine dichte Sammelentscheidung unter Beachtung von Nr. 4.7</td>
</tr>
<tr>
<td>Zone entspricht</td>
<td>Im Fassungsbereich</td>
<td>In der engeren Schutzzone</td>
<td>In der weiteren Schutzzone</td>
</tr>
<tr>
<td>---</td>
<td>---</td>
<td>---</td>
<td>---</td>
</tr>
<tr>
<td>5.5</td>
<td>Sportanlagen zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>verbietet</td>
<td>- verbieten ohne AbwasserentSORGUNG über eine dichte Siedlungsentwässerung unter Beachtung von Nr. 4,7 - verbieten für Trinkwasserversorgungsnetze</td>
</tr>
<tr>
<td>5.6</td>
<td>Sportveranstaltungen durchzuführen</td>
<td>verbietet</td>
<td>- verbieten für Großveranstaltungen außerhalb von Sportanlagen - verbieten für Motorsport</td>
</tr>
<tr>
<td>5.7</td>
<td>Friedhöfe zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>verbietet</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>5.8</td>
<td>Flugplätze einschl. Sicherheitsflächen, Notabwurfplätze, militärische Anlagen und Übungsorte zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>verbietet</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>5.9</td>
<td>Militärische Übungen durchzuführen</td>
<td>verbietet</td>
<td>- verbieten, ausgenommen das Durchführen auf klassifizierten Straßen</td>
</tr>
<tr>
<td>5.10</td>
<td>Baustellenentfernungen, Baustofflager zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>verbietet</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>5.11</td>
<td>Unterlage-Bergbau, Tunnelbauten</td>
<td>verbietet</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>5.12</td>
<td>Durchführung von Bohrungen</td>
<td>verbietet</td>
<td>- verbieten, ausgenommen bis zu 1 m Tiefe im Rahmen von Bodenuntersuchungen</td>
</tr>
<tr>
<td>5.13</td>
<td>Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf Freilandflächen ohne landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche, land- und ländliche Nutzung sowie zur Unterhaltung von Verkehrswege</td>
<td>verbietet</td>
<td>(auf das grundsätzliche Verbot nach § 6 Abs. 2 PflSchG wird hingewiesen)</td>
</tr>
<tr>
<td>5.14</td>
<td>Düngung mit mineralischen Stickstoffdüngern (ohne Nr. 1.12)</td>
<td>verbietet</td>
<td>- verbieten, wenn nicht die zeit- und bedarfsgeführt Düngung nachprüfbar dokumentiert wird</td>
</tr>
<tr>
<td>5.15</td>
<td>Beregnung</td>
<td>verbietet wie Nr. 1.14</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>6.</td>
<td>bei baulichen Anlagen allgemein</td>
<td>verbietet</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>6.1</td>
<td>Bauliche Anlagen zu errichten oder zu erweitern</td>
<td>verbietet</td>
<td>- verbieten, sofern Abwasser nicht in eine dichte Siedlungsentwässerung eingeleitet wird unter Beachtung von Nr. 4,7 - verbieten, sofern Quellenwasser bis 2 m über dem höchsten Grundwasserstand liegt</td>
</tr>
<tr>
<td>6.2</td>
<td>Ausweisung neuer Baugelände im Rahmen der Bauleitplanung</td>
<td>verbietet</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Begriffsbestimmungen zu § 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1.9, 1.10, 1.17, 1.19 und 1.20 enthält Anlage 2 zu dieser Verordnung. Diese Anlage ist Bestandteil der Verordnung.

(2) Die Verbote des Absatzes 1 Nummern 4.6, 5.12, 6.1 und 7 gelten nicht für Handlungen im Rahmen der Wassergewinnung und Ableitung des Trägers der öffentlichen Wasserversorgung, die durch diese Verordnung geschützt ist.
§ 4 Ausnahmen

(1) Das Landratsamt Unterallgäu kann von den Verboten des § 3 Ausnahmen zulassen, wenn

1. das Wohl der Allgemeinheit die Ausnahmen erfordert oder

2. das Verbot im Einzelfall zu einer unbilligen Härte führen würde und das Gemeinwohl der Ausnahme nicht entgegensteht.

(2) Die Ausnahme ist widerruflich; sie kann mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden und bedarf der Schriftform.

(3) Im Falle des Widerrufs kann das Landratsamt Unterallgäu vom Grundstückseigentümer verlangen, daß der frühere Zustand wiederhergestellt wird, sofern es das Wohl der Allgemeinheit, insbesondere der Schutz der Wasserversorgung erfordert.

§ 5 Beseitigung und Änderung bestehender Einrichtungen

(1) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Schutzgebietes haben die Beseitigung oder Änderung von Einrichtungen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung bestehen und deren Bestand, Errichtung, Erweiterung oder Betrieb unter die Verboten des § 3 fallen, auf Anordnung des Landratsamtes Unterallgäu zu dulden, sofern sie nicht schon nach anderen Vorschriften verpflichtet sind, die Einrichtungen zu beseitigen oder zu ändern.

(2) Für die Maßnahmen nach Abs. 1 ist nach den §§ 19 Abs. 3, 20 WHG und Art. 74 BayWG Entschädigung zu leisten.

§ 6 Kennzeichnung des Schutzgebietes


§ 7 Kontrollmaßnahmen


(2) Sie haben ferner die Entnahme von Boden-, Vegetations- und Wasserproben und die hierzu notwendigen Verrichtungen auf den Grundstücken im Wasserschutzgebiet durch Beauftragte des Landratsamtes Unterallgäu zu dulden.
§ 8 Entschädigung und Ausgleich

(1) Soweit diese Verordnung oder eine aufgrund dieser Verordnung ergebene Anordnung eine Enteignung darstellt, ist über die Fälle des § 5 hinaus nach den §§ 19 Abs. 3, 20 WHG und Art. 74 BayWG Entschädigung zu leisten.

(2) Soweit diese Verordnung oder eine auf Grund dieser Verordnung ergebende Anordnung die ordnungsgemäße land- oder forstwirtschaftliche Nutzung beschränken, ist für die dadurch verursachten Nachteile ein angemessener Ausgleich gem. § 19 Abs. 4 WHG und Art. 74 Abs. 6 BayWG zu leisten.

§ 9 Ordnungswidrigkeiten

Nach § 41 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 WHG kann mit Geldbuße bis zu einhunderttausend Deutsche Mark belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. einem Verbot nach § 3 Abs. 1 zuwiderhandelt,

2. eine nach § 4 ausnahmsweise zugelassene Handlung vornimmt, ohne die mit der Ausnahme verbundenen Bedingungen oder Auflagen zu befolgen,

3. Anordnungen oder Maßnahmen nach den §§ 5 und 7 nicht duldet.

§ 10 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Unterallgäu in Kraft.

Mündelheim, 21.10.1996
Landratsamt Unterallgäu

Dr. Haisch
Landrat
Anlage 2
zur Verordnung über das Wasserschutzgebiet in der Gemarkung Lauben (Landkreis Unterallgäu) für
die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Egg a.d. Günz (Quellen 1 und 2) vom 21. Oktober
1996

Begriffsbestimmungen zu § 3 Abs. 1 Nrn. 1.9, 1.10, 1.17, 1.19 und 1.20

1 Stallungen

1.1 mit Flüssigmistverfahren

Bei Stallungen für Tierbestände über 40 Dungeinheiten ist das erforderliche Speichervolumen
für Gülle auf mindestens zwei Behälter aufzuteilen.

40 Dungeinheiten (= 3 200 kg Stickstoff pro Jahr) fallen bei folgenden Höchststückzahlen für
einzelne Tierarten an:

- Milchkühe
  40 Stück (1 Stück = 1.0 DE)

- Mastbullen
  65 Stück (1 Stück = 0.62 DE)

- Mastkälber, Jungmastründer
  150 Stück (1 Stück = 0.27 DE)

- Mastschweine
  300 Stück (1 Stück = 0.13 DE)

- Legehennen, Mastputen
  3500 Stück (100 Stück = 1.14 DE)

- sonstiges Mastgeflügel
  10000 Stück (100 Stück = 0.4 DE)

Der Tierbestand darf 80 Dungeinheiten je Stallung bzw. 120 Dungeinheiten je Hofstelle nicht
überschreiten. Bei mehreren Tierarten auf einer Hofstelle sind die entsprechenden Dungein-
heiten aufzusummieren.

1.2 mit Festmistverfahren

Bei Tierbeständen über 60 Dungeinheiten ist das erforderliche Speichervolumen für Jäuche
auf mindestens zwei Behälter aufzuteilen.

Der Tierbestand darf 80 Dungeinheiten je Stallung bzw. 160 Dungeinheiten je Hofstelle nicht
überschreiten. Bei mehreren Tierarten auf einer Hofstelle sind die entsprechenden Dungein-
heiten aufzusummieren.

1.3 mit gemischten Entmistungsverfahren

Die maximalen Tierbestände je Hofstelle sind anteilig entsprechend 1.1 und 1.2 zu ermitteln.

1.4 Ausnahmegenehmigung:

Die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nach § 4 ist bei bestandsgeschützten landwirt-
schaftlichen Betrieben möglich, wenn dies betriebsbedingt notwendig ist (Existenzsicherung)
und das erhöhte Gefährdungspotential durch technische Anforderungen ausgeglichen
werden kann.

2 Freilandtierhaltung

legt vor, wenn sich die Tiere über längere Zeiträume (ganzjährig oder saisonal) ganztätig auf einer bestimmten Freilandfläche aufhalten.
Besondere Nutzung sind folgende landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche oder erwerbs-
gärtnersische Nutzungen:

- Weinbau
- Obstbau, ausgenommen Streuobst
- Hopfenanbau
- Tabakanbau
- Gemüseanbau
- Baumschulen und forstliche Pflanzgärten

Als Dauergrünlandgetten Flächen, die nach ihren Siedlungsbedingungen nur für Grünland-
nutzung geeignet sind.

Mindelheim, 21.10.1996
Landratsamt Unterallgäu

Dr. Hautsch
Landrat
VERORDNUNG

zur Änderung der Verordnung über das Wasserschutzgebiet in der Gemarkung Lauben (Landkreis Unterallgäu) für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Egg a.d. Günz (Quellen 1 und 2)


Das Landratsamt Unterallgäu erläßt aufgrund des § 19 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 12. November 1996 (BGBl. S. 1695) i.V.m. Art. 35 und 75 des Bayer. Wassergesetzes (BayWG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 19. Juli 1994 (BayRS 753-1-U) folgende Verordnung:

§ 1

§ 3 Abs. 1 der Verordnung über das Wasserschutzgebiet in der Gemarkung Lauben (Landkreis Unterallgäu) für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Egg a.d. Günz (Quellen 1 und 2) vom 21. Oktober 1996 (KABl. S. 543) wird wie folgt geändert:

1. Die Nrn. 1.19 und 1.20 erhalten folgende Fassung:

<table>
<thead>
<tr>
<th>entspricht Zone</th>
<th>im Fassungsbereich</th>
<th>in der engeren Schutzzone</th>
<th>in der weiteren Schutzzone</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1.19. Kahlschlag oder in der Wirkung gleichkommende Maßnahme</td>
<td><strong>verbots</strong></td>
<td>verboten, ausgenommen Flächen mit weniger als 3.000 m², die umgehend zu standortgerechtem Mischwald wiederaufgeforstet werden</td>
<td>verboten, ausgenommen Flächen mit weniger als 10.000 m², die umgehend zu standortgerechtem Mischwald wiederaufgeforstet werden</td>
</tr>
<tr>
<td>1.20. Rodung und Umbruch von Dauergrünland im Sinne von Anlage 2 Ziff. 4</td>
<td><strong>verbots</strong></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

2. Die bisherigen Nrn. 1.20 und 1.21 werden die Nrn. 1.21 und 1.22.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Unterallgäu in Kraft.

Mindsheim, 13.01.1997

Landratsamt Unterallgäu

Dr. Haisch
Landrat
Verordnung zur Änderung der Verordnungen des Landratsamtes Unterallgäu über Wasserschutzgebiete im Landkreis Unterallgäu

Vom 24. Juli 2003

Das Landratsamt Unterallgäu erlässt aufgrund des § 19 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 19.08.2002 (BGBl. I S. 3245) i.V.m. Art. 35 und 75 des Bayer. Wassergesetzes (BayWG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 19.07.1994 (BayRS 753-1-U), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.05.2003 (GVBl S. 325), folgende Verordnung:

§ 1 Änderung der Wasserschutzgebietsverordnungen

(1) Bei den nachstehend aufgeführten Verordnungen werden in § 3 Abs. 1 Nr. 1.18 das Komma nach dem Wort „Rodung“ und die Worte „Umbruch von Dauergrünland im Sinne von Anlage 2“ gestrichen:

Verordnung des Landratsamtes Unterallgäu über das Wasserschutzgebiet in der Gemarkung Anhofen (Landkreis Unterallgäu) für die öffentliche Wasserversorgung des Ortsteiles Anhofen, Markt Wald, vom 01.07.1993 (KABI 1993 S. 316)

Verordnung des Landratsamtes Unterallgäu über das Wasserschutzgebiet in der Gemarkung Guggenberg (Landkreis Unterallgäu) für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Hawangen vom 10.05.1993 (KABI 1993 S. 190)

Verordnung über das Wasserschutzgebiet in den Gemarkungen Steinheim (Stadt Memmingen) und Heimertingen (Landkreis Unterallgäu) für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Heimertingen (Tiefbrunnen und Quellen „Gemeindewald“ und „Josephshölzl“) vom 01.09.1994 (KABI 1994 S. 390)

Verordnung des Landratsamtes Unterallgäu über das Wasserschutzgebiet in der Gemarkung Schwaighausen (Landkreis Unterallgäu) für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Holzgünz (Tiefbrunnen) vom 25.02.1994 (KABI 1994 S. 69)

Verordnung des Landratsamtes Unterallgäu über das Wasserschutzgebiet in den Gemarkungen Kettershausen und Bebenhausen für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Kettershausen (Flachbrunnen und Tiefbrunnen) vom 11.04.1994 (KABI 1994 S. 165)

Verordnung des Landratsamtes Unterallgäu über das Wasserschutzgebiet in den Gemarkungen Dietershofen und Oberschönnegg für die öffentliche Wasserversorgung des Zweckverbandes Wasserverbund Oberschönnegg (Brunnen 1 und 2) vom 15.02.1993 (KABI 1993 S. 79).

(2) Bei den nachstehend aufgeführten Verordnungen werden in § 3 Abs. 1 Nr. 1.19 das Komma nach dem Wort „Rodung“ und die Worte „Umbruch von Dauergrünland im Sinne von Anlage 2 Ziff. 4“ gestrichen:

Verordnung über das Wasserschutzgebiet in den Gemarkungen Attenhausen und
Sontheim (Landkreis Unterallgäu) für die öffentliche Wasserversorgung des Ortsteiles Attenhausen, Gemeinde Sontheim vom 10.06.1996 (KABI 1996 S. 328) i.d.F. der Verordnung vom 02.07.1996 (KABI 1996 S. 369)


Verordnung über das Wasserschutzgebiet in der Gemarkung Haselbach (Landkreis Unterallgäu) für die öffentliche Wasserversorgung des Ortsteiles Haselbach, Gemeinde Eppishausen vom 10.03.1997 (KABI 1997 S. 124)

Verordnung über das Wasserschutzgebiet in der Gemarkung Legau (Landkreis Unterallgäu) für die öffentliche Wasserversorgung des Marktes Legau vom 01.12.1997 (KABI 1997 S. 474)


Verordnung über das Wasserschutzgebiet in der Gemarkung Mörgen (Landkreis Unterallgäu) für die öffentliche Wasserversorgung des Ortsteiles Mörgen, Gemeinde Eppishausen vom 25.09.1995 (KABI 1995 S. 386)

Verordnung über das Wasserschutzgebiet in der Gemarkung Oberrammingen (Landkreis Unterallgäu) für die öffentliche Wasserversorgung des Ortsteiles Oberrammingen, Gemeinde Rammingen vom 09.07.1997 (KABI 1997 S. 298)

Verordnung des Landratsamtes Unterallgäu über das Wasserschutzgebiet in der Gemarkung Günz (Landkreis Unterallgäu) für die öffentliche Wasserversorgung der Ortsteile Rummelshausen und Günz, Gemeinde Westerheim vom 01.08.1991 (KABI 1991 S. 333) i.d.F. der Verordnung vom 12.05.1997 (KABI 1997 S. 217)

Verordnung über das Wasserschutzgebiet in der Gemarkung Bad Grünenbach (Landkreis Unterallgäu) für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Wolfertschwenden („Falkenbergquelle“) vom 07.05.1997 (KABI 1997 S. 225).

(3) Bei den nachstehend aufgeführten Verordnungen werden in § 3 Abs. 1 Nr. 1.20 die Worte „und Umbruch von Dauergrünland im Sinne von Anlage 2 Ziff. 4“ gestrichen:


Verordnung über das Wasserschutzgebiet in der Gemarkung Breitenbrunn (Landkreis Unterallgäu) für die öffentliche Wasserversorgung des Zweckverbandes Wasserversorgung Breitenbrunn-Pfaffenhausen vom 18.10.2001 (KABI 2001 S. 380)

Verordnung über das Wasserschutzgebiet in den Gemarkungen Böhen (Landkreis Unterallgäu) und Hopferbach (Landkreis Ostallgäu) für die öffentliche Wasserversorgung
der Ortsteile Bremberg und Moosmühle, Gemeinde Untrasried, Landkreis Ostallgäu vom 09.04.2003 (KABI 2003 S. 144)

Verordnung über das Wasserschutzgebiet in den Gemarkungen Erisried, Saulengrain und Königstried (Landkreis Unterallgäu) für die öffentliche Wasserversorgung der Ortsteile Erisried und Gronau, Gemeinde Stetten vom 08.04.2003 (KABI 2003 S. 128)

Verordnung über das Wasserschutzgebiet in den Gemarkungen Hausen und Nassenbeuren (Landkreis Unterallgäu) für die öffentliche Wasserversorgung des Ortsteiles Hausen, Gemeinde Salgen (Brunnen 2) vom 14.11.2002 (KABI 2002 S. 401)

Verordnung über das Wasserschutzgebiet in den Gemarkungen Schwaighausen (Landkreis Unterallgäu) und Eisenburg (Stadt Memmingen) für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Holzgürn (Tiefbrunnen II) vom 09.06.1999 (KABI 1999 S. 245)

Verordnung über das Wasserschutzgebiet in der Gemarkung Unterrugg (Landkreis Unterallgäu) für die öffentliche Wasserversorgung des Ortsteiles Unterrugg, Gemeinde Unterrugg vom 07.06.1999 (KABI 1999 S. 218)

Verordnung über das Wasserschutzgebiet in den Gemarkungen Lannenberg und Winden (Landkreis Unterallgäu) für die öffentliche Wasserversorgung des Ortsteiles Vorderbrunnenbrunn, Markt Markt Rettenbach vom 13.06.2002 (KABI 2002 S. 250)

Verordnung über das Wasserschutzgebiet in den Gemarkungen Guggenberg und Westerheim (Landkreis Unterallgäu) für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Westerheim (Quellen 1 bis 4) vom 04.10.2000 (KABI 2000 S. 318)

Verordnung über das Wasserschutzgebiet in der Gemarkung Winden (Landkreis Unterallgäu) für die öffentliche Wasserversorgung des Ortsteiles Winden, Markt Markt Rettenbach vom 07.03.2001 (KABI 2001 S. 104)

Verordnung über das Wasserschutzgebiet in den Gemarkungen Böhnen und Wolfratschwenden (Landkreis Unterallgäu) für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Wolfratschwenden (Weißbrunnquellen) vom 19.11.2001 (KABI 2001 S. 424)


(4) Bei den nachstehend aufgeführten Verordnungen werden in § 3 Abs. 1 Nr. 1.19 das Komma nach dem Wort „Rodung“ und die Worte „Umbruch von Dauergrünland im Sinne von Anlage 2 Ziff. 5“ gestrichen:

Verordnung über das Wasserschutzgebiet in den Gemarkungen Frechenrieden und Guggenberg (Landkreis Unterallgäu) für die öffentliche Wasserversorgung des Ortsteiles Frechenrieden, Markt Markt Rettenbach vom 06.02.1995 (KABI 1995 S. 46)


(5) In § 3 Abs. 1 Nr. 1.10 der Verordnung des Landratsamtes Unterallgäu über das Wasserschutzgebiet in der Gemarkung Buxheim (Landkreis Unterallgäu) für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Buxheim vom 17.05.1989 (KABI 1989 S. 255) i.d.F. der Verordnung vom 19.03.2003 (KABI 2003 S. 94) werden das Komma nach dem Wort
„Rodung“ und die Worte „Umbruch von Dauergrünland (als Dauergrünland im Sinne dieser Vorschrift gelten Flächen, die nach ihren Standortbedingungen nur für Grünlandnutzung geeignet sind)“ gestrichen.


(9) In § 3 Abs. 1 der Verordnung über das Wasserschutzgebiet in der Gemarkung Arlesried (Landkreis Unterallgäu) für die öffentliche Wasserversorgung des Ortsteiles Arlesried, Markt Erkheim vom 24.01.2000 (KABI 2000 S. 31) wird die Nr. 1.19 aufgehoben.

§ 2 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 31.07.2003 in Kraft.

Mindelheim, 24.07.2003
Landratsamt Unterallgäu

[Signature]

Dr. Haisch
Landrat